

WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

EU-AUSTRITTS-VOLKSBEGEHREN

vom Innenministerium

OFFIZIELL GENEHMIGT !

Eintragungswoche: 24. Juni bis 1. Juli 2015

Endlich ist dieses Volksbegehren nun wirklich Realität! Nach fünf Jahren Arbeit daran, beim zweiten „Anlauf“ und insgesamt fast zwanzigtausend gemeindeamtlich bestätigten Unterstützungserklärungen, wurde das Volksbegehren per Bescheid des Innenministeriums vom 7. Jänner 2015 offiziell zugelassen.

Diesen **Bescheid der Bundesministerin** kann jeder im Internet einsehen inkl. der offiziellen **BEGRÜNDUNG** des Volksbegehrens unter: www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/volksbegehren/vb_xx_periode/eu_austritt/VB_EU_Austritt.aspx

Darin heißt es wörtlich: „Entscheidung: Gemäß § 5 Abs. 1 des Volksbegehrensgesetzes 1973, BGBl. Nr. 344, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. II Nr. 103/2013, wird dem am 17. Dezember 2014 vorgelegten **Antrag** auf Einleitung des Verfahrens für ein Volksbegehren mit der Kurzbezeichnung „EU-AUSTRITTS-VOLKSBEGEHREN“ **stattgegeben**. Das Volksbegehren hat folgenden **Wortlaut**:



Sprecher des Personenkomitees, von links nach rechts: Renate ZITTMAYR, Prof. Heinrich WOHLMEYER, Inge RAUSCHER, Dr. Franz-Joseph PLANK, Dr. Eva Maria BARKI, bei der Pressekonferenz am 8. Jänner

„Der Nationalrat möge den Austritt der Republik Österreich aus der Europäischen Union mit Bundesverfassungsgesetz, welches einer Volksabstimmung zu unterziehen ist, beschließen.“

Gemäß § 5 Abs. 2 des Volksbegehrensgesetzes 1973 werden für dieses Volksbegehren festgesetzt: Stichtag: 20. Mai 2015, Beginn des Eintragungszeitraums: 24. Juni 2015, Ende des Eintragungszeitraums: 1. Juli 2015.“

SENSATION und HOFFNUNG

Die offizielle Genehmigung dieses Volksbegehrens durch die Bundesministerin für Inneres (also ein Regierungsmitglied) ist ein großer **politischer Durchbruch**, durch den der EU-Widerstand auf eine ganz andere Ebene als bisher gehoben wird - und zwar in ganz Europa. Österreich ist das erste Land, in dem es ein offizielles, vom Staat genehmigtes EU-AUSTRITTS-VOLKSBEGEHREN geben wird! So

wie die Zwentendorf-Abstimmung von 1978 der Durchbruch für den Widerstand gegen die Atomenergie mit weitreichenden Folgen für viele andere Länder bedeutete, könnte auch das nunmehr feststehende EU-AUSTRITTS-VOLKSBEGEH-

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer

REN in Österreich große Auswirkungen auch in anderen Noch-EU-Staaten haben. In einigen davon gibt es ja ohnehin bereits ebenfalls EU-Austritts-Bestrebungen. Aber zunächst braucht es in Österreich selbst maximale Unterstützung!

Nun gilt es, den **nächsten Schritt zum EU-Austritt** gemeinsam zu schaffen, nämlich möglichst viele Mitbürger davon zu informieren, daß es dieses Volksbegehren überhaupt gibt und **wann, wo und wie** sie es unterschreiben können. Auch dabei haben die WEGWARTE-Leser eine Schlüsselfunktion! Vor allem langjährige WEGWARTE-Leser haben wohl den besten Informationsstand aller Österreicher zum Thema EU-Austritt und können daher am meisten zur **Weiterverbreitung** „von Bürger zu Bürger“ (Schneeballsystem) beitragen. Bitte nutzen Sie daher nachstehende Möglichkeiten dazu, die wir für Sie kostenfrei zur Verfügung stellen bzw. zusenden:

AUFKLEBER

Bitte verwenden Sie den beiliegenden UV-Licht- und wasserbeständigen Aufkleber, wo immer Sie es für sinnvoll erachten. Natürlich sollten in Ihrem Umfeld so viele dieser Aufkleber wie möglich im öffentlichen Raum zu sehen sein! Sie können gerne jede gewünschte Menge davon bei uns zur (für Sie kostenfreien) Zusendung anfordern per entspr. Vermerk am beiliegenden Erlagschein. Bitte unbedingt die genaue Versandadresse angeben!

MASSEN-INFO-BLATT

Dieses befindet sich auf den Seiten 3 und 4 (natürlich ohne Seitenangabe) dieser WEGWARTE **zur Entnahme** und Weitergabe durch Sie. Es ist als schmales Faltprospekt gestaltet, um in Handtaschen, Briefkästen in Ihrer Wohn- oder Arbeitsumgebung und zur Handverteilung, wo immer Sie die Möglichkeit dazu haben, möglichst platzsparend geeignet zu sein. Bitte nehmen Sie die Seiten „3 und 4“ dieser WEGWARTE (= **ein** doppelseitiges

Blatt) einfach heraus und falten Sie es so zusammen (als „Wickelfalz“), daß es eben ein Hochformat-Faltprospekt („Folder“) ergibt. Von diesem Faltprospekt = Massen-Info-Blatt in fertig gefalzter Ausführung können wir Ihnen gerne **jede gewünschte Anzahl** - für Sie kostenfrei - zum Verbreiten zusenden. Bitte am beiliegenden Erlagschein die gewünschte Menge (und Ihre genaue Adresse) anführen! Auch große Mengen sind kein Problem - im Gegenteil! Diese sind sehr erwünscht - denn ob das Volksbegehren von 24. Juni bis 1. Juli der angestrebte, „große“ Schritt in Richtung EU-AUSTRITT wird, hängt genau von solchen Verteilaktivitäten ab, für die jeder Einzelne selbst verantwortlich ist....

Wir als Bürgerinitiativen und überparteiliches/unabhängiges PERSONENKOMITEE können es nur organisieren, von der Beteiligung „tragen“ kann es nur das Volk selbst. Und da sind jetzt tausende **Eigeninitiativen** gefragt. Seien Sie eine davon in Ihrer Gemeinde, ihrem Arbeitsumfeld oder wo auch immer!

Natürlich senden wir Ihnen dieses Info-Blatt auch gerne per E-mail für Ihren Verteiler zu (Bitte um Bekanntgabe Ihrer E-Mail-Adresse).

ARGUMENTE FÜR DEN EU-AUSTRITT Spezialschrift von Prof. Schachtschneider

Diese sehr fundierte, 40-seitige Schrift des bekannten Staats- und Wirtschaftsrechtlers, Univ.Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider, haben viele WEGWARTE-Empfänger bereits mit der letzten Ausgabe vom Dezember 2014 erhalten. Daher geht sie diesmal nur an **neue** Empfänger. Da Sie diese nicht bestellt haben, sind Sie auch zu keiner Zahlung dafür verpflichtet (wie für die WEGWARTE selbst ja auch nicht). Wir bitten Sie aber für die Produktions- und Versandkosten um einen

freiwilligen Beitrag von € 11,40 und danken im voraus. Wenn möglich, geben Sie bitte diese Schrift auch an Andere weiter; Staffelpreise für evtl. Mehrfachbestellungen stehen auf Seite 37 unten.

LIVE-INTERVIEWS UND ORIGINAL-TON VON PRESSE-KONFERENZEN im Internet

Authentische Berichte von verschiedenen öffentlichen Anlässen rund ums Volksbegehren können Sie gerne im Internet einsehen und dann weiterverbreiten. Nachdem die Massenmedien bisher nur wenig darüber berichten, ist es sehr wichtig, daß aktive Bürger über Internet solche Anlässe mit Original-Aussagen der Betreiber einem größeren Publikum bekanntmachen. Wir verweisen auf folgende **aktuelle Links**:

Live-Interview des „kritischen Zeitgeistdenkers“ **Harvey Friedman** mit **Inge Rauscher**, der Bevollmächtigten des Volksbegehrens: <https://www.youtube.com/watch?v=ZPVID6FBSjc>

Zusammenschnitt mehrerer Sendungen/Straßenaktionen zum Volksbegehren inkl. Original-Ton der bei der **Pressekonferenz** vom 8.1. anlässlich der Genehmigung des Volksbegehrens gehaltenen Ausführungen der Mitglieder des Personenkomitees (Dank an **Günther Deutschinger**): <https://www.youtube.com/watch?v=0kwVvFoKGhA>

Straßenumfrage in Leibnitz und **vier Fragegespräche** zum Volksbegehren von **Christian-Peter Gorinsek** mit Inge Rauscher: https://www.youtube.com/watch?v=P64EIA2VCVc&list=PLm5_4o5R-QCcVnrVED5SqFNsy-pR5Gff2H

Das alles und noch viel mehr an laufend aktualisierten Informationen können Sie auch auf unserer Internetseite einsehen:

www.volksbegehren-eu-austritt.at

Eine einmalige Chance!

Das **EU-AUSTRITTS-VOLKSBEGEHREN** ist eine einmalige Chance, der Bevormundung durch „Brüssel“ in fast allen Lebensbereichen eine klare Absage zu erteilen, um wieder zu einem **freien und neutralen Österreich** zu kommen. Daß es überhaupt zustandekam, haben alle Österreicher den gesetzlich geforderten, fast zehntausend Bürgern und Bürgerinnen zu verdanken, die es bereits in der Einleitungsphase unterschrieben haben! Das war die Voraussetzung für die **offizielle Genehmigung** durch das Innenministerium. Damit ist nun klar, daß der Austritt aus der EU rechtlich und politisch einwandfrei möglich und korrekt ist.

Der offizielle **Text des Volksbegehrens** lautet:

„Der Nationalrat möge den Austritt der Republik Österreich aus der Europäischen Union mit Bundesverfassungsgesetz, welches einer Volksabstimmung zu unterziehen ist, beschließen.“

Betreiber des Volksbegehrens ist nachstehendes unabhängiges und überparteiliches Personenkomitee:

Inge RAUSCHER,
Obfrau der „Initiative Heimat & Umwelt“
Helmut SCHRAMM, Angestellter
Mag. Markus LECHNER, Volkswirt
Renate ZITTMAYR, Bäuerin
Dr. Franz-Joseph PLANK,
Obmann der Tierschutzorganisation „Animal Spirit“
Dr. Eva Maria BARKI, Rechtsanwältin
Hon.Univ.Prof. Dr. Heinrich WOHLMEYER,
Ressourcenökonom

Auch Ihre Unterschrift ist wichtig, bitte unterschreiben Sie!

Wann: 24. Juni bis 1. Juli 2015
(auch Samstag und Sonntag!)

Wo: Gemeindeamt oder Stadtmagistrat/Bezirksamt an Ihrem Hauptwohnsitz. Eintragungslisten liegen dort auf.

Wer: Österreichische Staatsbürger mit Wohnsitz im Inland

Erforderlich: amtlicher Lichtbildausweis (Bahn- oder Straßenbahnausweis, E-Card o.ä. sind nicht zulässig).

Bitte geben Sie diese Information an möglichst viele Freunde/Bekannte/Kollegen weiter.

Wir schicken Ihnen gerne **weitere Unterlagen** per Post (für Sie kostenfrei) oder e-Mail: Info-Blatt, Aufkleber, ausführlichere „Argumente für den EU-Austritt“ von Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider.



KONTAKTADRESSE des Volksbegehren-Komitees
„Initiative Heimat & Umwelt“
3424 Zeiselmauer, Hageng. 5
Tel. 02242/70516 oder 0664/425 19 35
ihu@a1.net, www.volksbegehren-eu-austritt.at

Schon gehört? Bitte weitersagen!

AUSTRITT aus der EU

überparteiliches

VOLKSBEGEHREN

Aus Liebe zu Österreich



öffentliche

EINTRAGUNGSWOCHE

in ganz Österreich:

24. Juni bis 1. Juli 2015

Zum Unterzeichnen
in allen Gemeindeämtern
und Stadtmagistraten

DA GEHEN WIR HIN !

www.volksbegehren-eu-austritt.at



Warum EU-Austritt? So kann es nicht weitergehen!

Zur Wiedergewinnung von FREIHEIT und SELBSTBESTIMMUNG:

Die EU wird immer mehr zu einem riesigen Zentralstaat, in dem die Völker Europas nichts mehr zu sagen haben. Über 80 % aller Gesetze werden von „Brüssel“ und den dahinter stehenden Konzernlobbyisten vorgeschrieben!

Wegen des enormen DEMOKRATIE-DEFIZITS der „Union“:

Die EU-Verfassung („Lissabon-Vertrag“) ist eine Diktatur-Verfassung mit unbegrenzten Selbst-Ermächtigungen ohne demokratische Legitimation durch die Nationalstaaten. Das sogenannte „EU-Parlament“ hat keine Gesetzgebungsbefugnis; die Gewaltenteilung ist außer Kraft gesetzt.

Schluß mit der Zwangsfinanzierung der „EURO- = BANKENRETTUNG“!

Die enormen Beträge, die Österreich dafür gemäß (vertragswidrigen!) EU-Beschlüssen leisten muß, stehen dann in Hinkunft wieder im Inland zur Verfügung.

Schluß mit den MITGLIEDSBEITRÄGEN an die EU!

Österreich ist „Nettozahler“ der EU, d.h. jedes Jahr müssen wir Milliarden Euro nach „Brüssel“ abliefern und bekommen dafür nur einen Teil zurück. Und dieser wird dann als „EUFörderungen“ bezeichnet! In Wirklichkeit „fördern“ wir die EU und nicht umgekehrt....

Zum Abbau der steigenden ARBEITSLOSIGKEIT:

Diese hängt auch mit der gesamten EU-Politik zusammen! Das von der Kommission und vom EU-Gerichtshof (EuGH) gnadenlos durchgesetzte „Herkunftslandprinzip“ anstatt des sozial- und umweltverträglichen „Bestimmungslandprinzips“ begünstigt Importe aus Billiglohnländern. Deshalb wurden und werden große Produktionsbereiche ins Ausland verlegt und gehen die entspr. Arbeitsplätze im Inland verloren. Bei einem EU-Austritt ist der EuGH für Österreich nicht mehr zuständig!

Zur Abwehr der ruinösen FREIHANDELS-ABKOMMEN der EU mit den USA und Kanada (TTIP, CETA, TISA):

Der sicherste Weg, daß diese für Österreich nicht in Kraft treten können, ist der Austritt aus der EU. Damit können wir die bestehenden heimischen Produzenten erhalten und weitere wieder in unser Land holen und der geplanten Privatisierung (Ausverkauf an Konzern) der Daseinsvorsorge - vom Wasser bis zum Gesundheitswesen - einen Riegel vorschieben.

Zum Wiederaufbau einer VOLKSWirtschaft, die den Bürgern dient:

Krisensichere und dauerhafte Lebens-Arbeitsplätze anstatt Zweit- und Dritt-“jobs“ auf Zeit entstehen vorwiegend im örtlich verantworten Mittelstand und in der Nahversorgung, die auch ökologisch verantwortbar ist (Wegfall energieintensiver und umweltschädlicher Transportwege). Die EU verfolgt genau das gegenteilige Konzept!

Zur Wiederaufnahme der FRIEDENS- und NEUTRALITÄTSPOLITIK Österreichs:

Die EU ist alles andere als das behauptete „Friedensprojekt“ - ganz im Gegenteil. EU-Staaten waren an allen KRIEGEN der letzten Jahre massiv beteiligt - von Irak bis Afghanistan, von Serbien bis Libyen usw. mit insgesamt Millionen Opfern an Zivilbevölkerung und Zerstörung der Infrastruktur (Uranmunition!). Solange Österreich EU-Mitglied bleibt, sind wir bei allen Kriegen der EU im Auftrag der USA „mitgefangen/mitgehangen“. Aber die „immerwährende NEUTRALITÄT“ nach dem Muster der Schweiz“ ist nach wie vor einer der wichtigsten Bestandteile der österreichischen Bundesverfassung. Für ein wirklich neutrales Österreich - nach Austritt aus der EU - wäre ein Mitragen der völkerrechtlich unberechtigten Sanktionen gegen Rußland (Wirtschaftskrieg) wie derzeit völlig undenkbar.

Zum Wiederaufbau eines gesunden BAUERNSTANDES:

Seit dem EU-Beitritt mußten 72.000 Bauern ihren Betrieb aufgeben. Die sogenannten Agrarförderungen der EU kommen in erster Linie den Agrarfabriken mit Massentierhaltung und der Ernährungsindustrie zugute. Die Kleinbauern verdienen trotz „Ausgleichszahlungen“ aufgrund des Preisverfalls heute weniger als vor dem EU-Beitritt - bei steigenden Kosten! Die bevorstehende Aufhebung der Milchkontingentierung durch die EU wird zur Konzentration der Milchherzeugung in den Gunstlagen mit Massentierhaltung führen - vor allem zulasten der alpinen Gebiete.

Für Umwelt-, Gesundheits- und Tierschutz statt Gentechnik und Atomindustrie:

Durch den Wegfall der Grenzen können keinerlei Qualitätskontrollen mehr stattfinden, weder bei Importwaren noch bei Lebendtiertransporten quer durch Europa, die dadurch massiv gestiegen sind. Österreich ist durch die EU-Mitgliedschaft auch Mitglied bei EURATOM und muß jährlich zig Millionen Euro an „Brüssel“ zahlen zur Förderung der Atomenergie. Mit dem geheimen Freihandelsabkommen sollen massenhaft genmanipulierte Produkte aus Übersee die EU-Märkte überschwemmen.

Nach der BEFREIUNG Österreichs aus der EU

sind wir nach wie vor Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO), in der (im Gegensatz zur EU) das „Bestimmungsland-Prinzip“ gilt, können der funktionierenden EFTA wieder beitreten, in der auch die Schweiz Mitglied ist, können den Euro verlassen und unsere eigene Währung wieder einführen, wieder Grenzkontrollen vornehmen, und das hier erarbeitete Geld kann wieder den Österreichern selbst zugute kommen und nicht zur ungesunden Stützung des Bankensektors zahlreicher anderer Staaten und der Aufrüstung (Ukraine!) abgezweigt werden.

Prof. Wohlmeyer zum Thema EU UND ARBEITSLOSIGKEIT:

Am 10. Februar wird eine Pressekonferenz des unabhängigen Personenkomitees in Wien stattfinden, bei der Prof. Wohlmeyer zur Lage am Arbeitsmarkt Stellung nehmen wird und zu den Gründen der gegenwärtig **höchsten Arbeitslosigkeit in Österreich während der gesamten 2. Republik**. Der prominente Wissenschaftler, Agrar- und Industriepraktiker dazu:

"Gegenwärtig ist in den Südstaaten der EU **jeder zweite Jugendliche und jeder vierte Erwachsene** arbeitslos. In der gesamten EU steigt die Arbeitslosigkeit kontinuierlich an. Dies kann nur zu einer gesamtgesellschaftlichen Katastrophe führen, zumal die Gegenmaßnahmen der EU zum Teil sogar **kontraproduktiv** sind. Geld zu drucken und den Banken praktisch kostenlos zur Verfügung zu stellen und zu hoffen, daß dies arbeitsplatzschaffende Investitionen auslöst, ist geradezu naiv. Bei Ausrüstungsinvestitionen ist nämlich der Rationalisierungseffekt meist höher als der Kapazitätserweiterungseffekt. Das heißt: Es werden **Arbeitsplätze weg-rationalisiert**. Investitionen in Infra-

strukturen, wie Straßen, können nur kurzzeitig Erleichterung bringen. Die Förderung von Forschung, Innovation und Unternehmertum sowie die duale Ausbildung sind nützlich, aber nicht zureichend."

Baldmöglichster EU-Austritt ökonomische Notwendigkeit

Warum auch er als Mitglied des überparteilichen Personenkomitees für einen baldmöglichsten Austritt Österreichs aus der EU ist, **begründet Prof. Wohlmeyer** so: "In der Handelspolitik, die wir der EU vollkommen überantwortet haben, wird das Auslagern der Produktionen begünstigt und das **Bestimmungslandprinzip** (Freier Marktzutritt nur, wenn nachgewiesen wird, daß bei der Herstellung die Standards des Bestimmungslandes eingehalten wurden) **nicht** eingefordert. Ebenso wird nicht verlangt, daß die Wechselkurse der Kaufkraftparität entsprechen. **Wir verlieren dadurch ganze Industriezweige und handwerkliche Strukturen**. Dieses Wissen geht unseren Kindern verloren. Sie werden wohl als Fremdarbeiter in jene Länder gehen

müssen, wohin wir gegenwärtig 'outsourcen'."

Hon.Univ.Prof. Dipl.Ing. Dr. Heinrich Wohlmeyer wird bei der Pressekonferenz die notwendigen und gangbaren Auswege aufzeigen und hat diesbezüglich auch das Manifest "Unverzichtbare Eckpunkte einer **weltweit zukunftsfähigen Gesellschaftsgestaltung**" verfaßt. Er gilt als "nachhaltiger Vordenker" mit einem reichen akademischen, beruflichen und wissenschaftlichen Erfahrungsschatz. Er war u.a. Generaldirektor der Österreichischen Agrarindustrie und der Oberösterreichischen Stärke- und Chemieindustrie. Sein besonderes Augenmerk gilt den kreislauforientierten Bedarfsdeckungssystemen und den nachwachsenden Rohstoffen. Er lehrte an der Technischen Universität Wien "kreislauforientierte Verfahrenssysteme" und an der Universität für Bodenkultur Wien "Ziele und Instrumente der Agrarpolitik auf dem Hintergrund der Lebens- und Umweltwissenschaften". Gemeinsam mit seiner Frau bewirtschaftet er noch einen Bergbauernhof im Alpenvorland in der Bergbauernzone IV.

Haben die Medien noch ein Interesse am Volk?

Das wird sich jetzt auch am EU-AUSTRITTS-VOLKSBEGEHREN zeigen. Ziehen Sie Ihre persönlichen Schlüsse daraus, aber bleiben Sie dabei nicht tatenlos stehen! **Die "Öffentlichkeit" sind wir alle**, nicht nur die Redakteure der Zeitungen und der Hörfunk- und Fernsehsender - egal ob "privat" (= Konzern-finanziert) oder "öffentlich" (= Zwangsgebühren-finanziert). Sollten Sie von der offiziellen Genehmigung des Volksbegehrens und der vom Ministerium festgelegten EINTRAGUNGSWOCHE 24. Juni bis 1. Juli 2015 noch gar nichts gehört oder gesehen haben, ist die Hauptfrage dieser Überschrift für Sie schon beantwortet. Daher: bitte selbst aktiv werden und einen Schneeballeffekt in Gang setzen!

Wir haben selbstverständlich die offizielle Genehmigung des VOLKSBEGEHRENS per **Presseausendung** an so gut wie alle großen und kleineren Medien

Österreichs bekanntgegeben und dazu auch eine allen angekündigte **Pressekonferenz** des überparteilichen EU-AUSTRITTS-PERSONENKOMITEES durchgeführt. Die Aussagen der Teilnehmer dieser Pressekonferenz kann jeder auf der Internetseite des Volksbegehrens abhören. Zahlreiche Medien quer durch die Bundesländer haben darüber zumindest "kleine" Berichte gebracht. Am informativsten berichtete die Wochenzeitung mit der größten Auflage in Österreich, nämlich **"Die ganze Woche"**, darüber. **Gar nicht berichtet** haben von den bekannteren Medien "Kurier", "Standard", "Wiener Zeitung" und -redaktionell - die "Kronen-Zeitung", obwohl von uns speziell und extra im Detail informiert. Diese brachte bisher ausschließlich einen "kleinen" Leserbrief von Inge Rauscher dazu und daneben einen "großen" von Wirtschaftskammerpräsident Leitl mit einer Laudatio **für** die EU.

„MAN SOLL SICH SPÄTER EINMAL NICHT SAGEN LASSEN MÜSSEN: WARUM HABT IHR NICHT RECHTZEITIG ETWAS GETAN?“

von Helmut Schramm,
Niederösterreich



Die **Hauptgründe für den EU-Austritt** sind u.a. das demokratische Defizit der EU-Rechtsetzung, die asozial-neoliberale Wirtschaftspolitik, die die Geldwertstabilität gefährdende Finanzpolitik und das Eingehen von rechtswidrigen, unverantwortbaren Haftungen, die neutralitätswidrige NATO/EU-Militärpolitik, sowie die Umformung der EU zu einem zentralistischen Bundesstaat, ohne ausreichende Legitimation. Die EU entwickelte sich zu einer Despotie, in der die eindeutige Trennung von Legislative, Exekutive und richterlicher Gewalt abgeschafft ist. Einige Ermächtigungen in den Verträgen haben jetzt schon diktatorische Züge.

Die „einfachen“ Normalbürger spüren die Auswirkungen: Staatsschulden- und Arbeitslosenrekord (nur rund 3% Arbeitslosigkeit in der Schweiz im Vergleich zu rund 10% in Österreich – laut nationaler Berechnung), Reallohnsenkungen, unsichere Pensionen, Kriegs- und Terrorgefahr.

Österreich wird es ohne EU besser gehen

Die Schweiz, Island, Norwegen und Liechtenstein zeigen vor, daß die EFTA für den Außenhandel genügt. Die Schweiz macht es vor: Wohlstand durch Direkte Demokratie und eine bewaffnete Neutralität.

„Die Schweizer Wirtschaftskraft basiert vor allem auf den kleinen und mittleren Unternehmen. **Der Wohlstand der Schweiz beruht nur zu einem kleinen Teil auf der Wertschöpfung der Banken**“.¹

Schweden kommt sehr gut ohne Euro aus, muß nicht beim Euro-„Retten“ mitmachen und spürt auch die Krise nicht so stark. Auch die Türkei arbeitet via Zollunion mit der EU zusammen und ist kein Mitglied der EU. Bald werden die Briten über den Verbleib in der EU abstimmen. Island hat in der Krise die Banken pleitegehen lassen und nicht die Bevölkerung. Inzwischen geht es mit dem so „kleinen“ Island entgegen allen früheren Unkenrufen wirtschaftlich wieder steil bergauf – und das ganz ohne EU-Mitgliedschaft!

Österreich kann ohne EU wieder selbst bestimmen. EU-Recht kann angenommen oder verworfen werden. Die Österreicher werden durch die **Wiedereinführung einer eigenen Währung** profitieren. Zwar werden durch eine starke Währung die Exporte teurer, aber als Ausgleich die Importe billiger. Die Schweiz zeigt vor, daß ein starker Franken nicht schadet. Die Eidgenossen betreiben Handel mit der ganzen Welt und sind das wettbewerbsfähigste Land.

Mit dem Euro will man den EU-Superstaat erzwingen. Er ist eine Fehl-

konstruktion, weil unterschiedlichste Volkswirtschaften mit gemeinsamer Währung nicht funktionieren. Den schwächeren Volkswirtschaften wird die Möglichkeit der Abwertung genommen, die stärkeren – wie Österreich, Holland und Deutschland – können nicht aufwerten. Mit eigenen und **leistungsgerechten** Staatswährungen kann der Geldfluß zwischen den unterschiedlichsten Wirtschaftsstrukturen rasch und wirksam reguliert werden. Oft wird behauptet, nachdem der Schilling einst an die DM gekoppelt war, wäre ein wiedereingeführter Schilling dem Untergang geweiht bzw. müßte er daher ohnehin an den Euro gebunden werden. Die Schweden beweisen das Gegenteil: Deren ebenfalls „kleine“ Währung ist nicht an den Euro gekoppelt.

Die Umstellung auf eine eigene Währung wird laut Prof. Schachtschneider „schnelle, nachhaltige und erhebliche **Wohlstandsgewinne** für die Bevölkerung Österreichs zur Folge haben“.²

Die Kaufkraft der österreichischen Bevölkerung ist mit der Einführung des Euro zurückgeblieben: „Der **Kaufkraftverlust** wird auf bis zu **50 Prozent** der gegenwärtigen Kaufkraft der Einkommen der Bevölkerung vor der Einführung des Euro geschätzt“.²

Eine Besserung der EU ist nicht möglich

Die EU ist unreformierbar, zumal schon das Fundament falsch aufgebaut ist, nämlich die „Grundfreiheiten“ der EU. Allen voran der freie Kapitalverkehr sowie der freie Warenverkehr auf Kosten von Mensch, Tier und Natur. Auch EURATOM (Forcierung von Atomenergie) ist eine Grundsäule der EU. Gewinnmaximierung steht über Allgemein-

¹ <http://www.zeit-fragen.ch/index.php?id=1695>

² <http://www.webinformation.at/material/Schachtschneider%20Argumente%20EU-Austritt.pdf>

³ Solidar-Werkstatt: <http://tinyurl.com/o8qqcut>

wohl. Reformen greifen höchstens kurz, die EU kann durch die Ermächtigungsgesetze die Verträge ändern und sich alle Mittel geben, die sie braucht, um ihre Ziele zu erreichen. Die EU-Erweiterung kennt keine Finalität. Eine gleichgeschaltete EU ist nur auf sehr niedrigem Standard möglich.

„Oft kommt der Einwand, der Grund für die negative Entwicklung sei nicht die EU, sondern daß die EU-Staaten mehrheitlich konservativ regiert werden: Es gab eine Zeit in den 90er Jahren, als 12 der 15 EU-Staaten sozialdemokratisch regiert wurden. Hat diese überwältigende Mehrheit die EU sozialer gemacht? Nein, überhaupt nicht, weil **die EU eine Struktur ist, um die Kapitalinteressen vom Bevölkerungswillen maximal abzuschotten**. Wenn etwas auf EU-Ebene beschlossen ist, gibt es faktisch kein Zurück mehr, was auch immer die Bevölkerungen wollen, wen auch immer sie wählen.“³

Der **Europäische Gerichtshof** setzt mittels seiner Machtsprüche alles durch – auch vieles, welches Politiker auf nationaler Ebene nicht durchsetzen könnten, ohne ein rechtsstaatliches Gericht zu sein: Die EU gebärdet sich wie ein Staat, ist aber keiner. Über **80%** der Gesetze (Verordnungen, Richtlinien usw.), die unser Leben regeln, werden von der EU vorgegeben. Wir, die österreichischen Bürger, dürfen aber über wichtigste Entscheidungen **nicht abstimmen**, siehe „Euro-Rettungsschirme“ oder der kommende Freihandelsvertrag TTIP mit den USA. Ein weiteres Beispiel: Bei der Einfuhr von Lebensmitteln gelten nicht unsere österreichischen Standards, sondern die des Landes, in dem sie erzeugt wurden. Nicht das Bestimmungsland kann entscheiden, es gelten die Regelungen des Herkunftslandes.

Das demokratische Defizit ist unreformierbar.

Selbst wenn alle österr. Repräsentanten im Rat (rd. 3% Stimmgewicht) und EU-Parlament (rd. 2,4% der Stimmen) gegen ein EU-Gesetz

wären, hätte das keine Auswirkungen. Der Ministerrat und das EU-„Parlament“ können nur über Vorlagen befinden, die von der vom Bürger praktisch unantastbaren EU-Kommission vorgeschlagen werden. Die Entscheidungen über neue Gesetze fallen zu 98 Prozent schon in den Ausschüssen. Damit wird die neoliberale EU-Politik den Österreichern aufs Auge gedrückt und faktisch unumkehrbar gemacht. Die EU hat die Gewaltentrennung abgeschafft. Die eindeutige Trennung der Gewalten - Legislative, Exekutive und richterliche Gewalt - wird Österreich nach dem EU-Austritt eine von aller Welt geschätzte Rechtssicherheit geben.

Unfriedensprojekt

Dank der Neutralität kann sich Österreich aus allen Kriegen heraushalten und auf beiden Seiten eines Konfliktes humanitär wirken. Doch kann die EU die **Neutralität weiter aushöhlen** und sogar abschaffen. Großstaaten gefährden den Frieden, kleine Einheiten sind Voraussetzung für echte (direkte) Demokratie und nachhaltigen Frieden. Nichts gegen eine Zusammenarbeit von souveränen Staaten in Europa. Um den Frieden zu sichern, ist eine Zusammenarbeit der Nationen anzustreben. Schon Immanuel Kant spricht von einem Friedensbund, der alle Kriege auf immer zu endigen sucht: „Das Völkerrecht soll auf einem Föderalismus freier Staaten gegründet sein“. Die EU in ihrer Funktion als Vereinheitlichungsmaschinerie wird aber mehr und mehr zu einem Unfriedensprojekt.

Wir laden Sie herzlich ein, das Volksbegehren für den Austritt Österreichs aus der EU zu unterstützen!

Helmut Schramm,
in Zusammenarbeit mit
Dipl.-Ing. Stephan Zanzerl

Helmut Schramm ist Mitglied des überparteilichen Personenkomitees für das EU-Austritts-Volksbegehren.

Kontakt:

E-mail: eu-nein@gmx.at
Internet: Schramms Blog
(www.eu-austritts-blogspot.com),
www.webinformation.at

LESER- BRIEF

Betreff: EU-Austritt

So mancher fragt sich ängstlich, was nach dem EU-Austritt sein wird. Für mich ist die Sache schon gegessen! Denn ich weiß, dieses Volksbegehren ist unsere letzte Chance. Die Österreicher verstehen – KONZERNHERRSCHAFT ist unvereinbar mit Demokratie, und KONZERNWIRTSCHAFT tötet unsere Volkswirtschaft! Durch den gemeinsamen Kampf für unser Land und unsere Kultur werden die Österreicher zusammengeschweißt, halten wieder zusammen. Wir behalten die sauer verdienten Milliarden für uns, bauen damit Wirtschaft, Landwirtschaft und Bundesheer wieder auf, sichern die Pensionen für das Alter. Wir schließen uns der EFTA an, rücken näher mit der Schweiz zusammen, finden in unseren Nachbarländern Partner, führen keinen Krieg mit Rußland, brauchen keine teuren Battlegroups. Und wenn's uns gut geht, können wir auch anderen helfen. Und Österreich wird nicht allein bleiben, denn viele Länder werden uns folgen! Habt keine Angst, das wahre Europa kann ohne Österreich nicht Europa sein, nur eine Kolonie von US-Konzernen! In der direkten Demokratie, die Österreich dann ist, wird's natürlich für parasitäre Politiker keine fetten EU-Posten mehr geben. Der Bürger wird selber die Verantwortung übernehmen – denn wer zahlt, der schafft auch an!

Viktor Koschelu

Wien, am 17.1.2015

ERREICHUNG DES VOLKSBEGEHRENS GROSSER ERFOLG DER UNABHÄNGIGEN BÜRGERBEWEGUNG !

Die Beharrlichkeit, Ausdauer und stetige Arbeitsbereitschaft für das Anliegen war doch sinnvoll, obwohl viele meinten: Das nützt doch alles nichts, „die“ werden wieder was finden, warum „sie“ gerade dieses Volksbegehren nicht zulassen, usw.usw. Die gesetzlich geforderte Zahl amtlich bestätigter Unterstützungserklärungen ein zweites Mal zu schaffen war sehr schwierig, da nur wenige Mitstreiter bereit waren, den großen Arbeits- und Zeitaufwand zu leisten, der für die vielen Info-Stand-Aktionstage notwendig war. Trotzdem konnten wir am 17. Dezember 2014 **9.791** gültige Unterstützungserklärungen im Innenministerium fristgerecht einreichen, um rund 1.300 mehr als gesetzlich gefordert (8.460). Drei Wochen später erhielten wir dann den positiven Zulassungs- und Durchführungsbescheid der Innenministerin (siehe Seite 1).

Danke allen, die dies ermöglicht haben: den fast zehntausend Unterschreibern - sie waren bzw. sind natürlich die wichtigsten!, den Info-Stand-Aktivistinnen, die (fast) jedes Wetter und teilweise große Reisewege in Kauf nahmen, um die zigtausend Bürgergespräche zu führen, die zu den Unterschriften führten; den Notaren, die ebenfalls bei (fast) jedem Wetter Unterschriften direkt beim Info-Stand zur Beglaubigung entgegennahmen; den „treuen“, zum Großteil langjährigen Versandmitarbeitern der WEGWARTE als wichtigstes, regelmäßiges Informationsblatt zum Volksbegehren; dem laufenden Betreuer der Internet-Seite; und natürlich den Lesern der WEGWARTE, die durch ihre (z.T. immer wieder geleisteten) **Kostenbeiträge** die Finanzierung einer so großen Aktion - nämlich eines bundesweiten Volksbegehrens - ermöglichen. Alle, die bei uns mitarbeiten, tun

dies seit vielen Jahren **ausschließlich ehrenamtlich und uneigennützig!** Das gilt jetzt auch für die Mitglieder des unabhängigen Personenkomitees, die das Volksbegehren repräsentieren.

Zur Eintragungswoche von 24. Juni bis 1. Juli 2015:

Für diese entscheidende Woche sind natürlich umfangreiche Vorbereitungen nötig! Wie erfahren über 6 Millionen Wahlberechtigte in ganz Österreich rechtzeitig von dieser Möglichkeit, um sie nutzen zu können? Neben der Verteilung von möglichst vielen Exemplaren des hier mitgeschickten Flugblatts (siehe „Seiten“ 3 und 4) und des ebenfalls mitgeschickten Aufklebers, später werden dann noch Plakate dazukommen, planen wir auch Inserate in Zeitungen. Nur diese haben die notwendige Reichweite, die aber auch entsprechend kostet, und zwar (leider) mehr als sich die Meisten vorstellen können! Deshalb ersuchen wir alle, denen eine möglichst große Beteiligung am Volksbegehren ein Herzensanliegen ist, um eine **Sonder-spende mit der Zweckwidmung „Inserat(e)“** - siehe beiliegenden Zahlschein. Je nachdem, wieviel dadurch zustandekommt, können wir kurz vor der Eintragungswoche dann ein (oder mehrere) Inserat(e) in „großen“ Medien in Auftrag geben mit den notwendigen Informationen zum Volksbegehren. Wenn dabei viele - wie schon bisher - zusammenhelfen, kann das gelingen! Wir werden Ihnen den dadurch zustandekommenden Gesamtbetrag mitteilen und dann sehen, was möglich ist. Jedenfalls danken wir allen im voraus, die dazu bereit sind.

Aktivisten-Treffen/Termine:

Wer bei der in Kürze anlaufenden Verbreitungsarbeit, bei Info-Stand-Aktionstagen, bei Versandarbeiten etc. mit-helfen möchte, bitte melden und/oder zu einem Aktivisten-Treffen (inkl. „Materialausgabe“) - siehe nachstehende Termine - hinkommen.

Mittwoch, 25. Februar
18 Uhr in WIEN
im Cafe „Frey“,
4. Bezirk, Favoritenstr. 44

Mittwoch, 18. März
18 Uhr in INNSBRUCK
im Gasthof „Sailer“,
Adamgasse 8 (Bahnhofsnähe)